

**Marlon Possard****erreichbar unter: [marlon.possard@student.uibk.ac.at](mailto:marlon.possard@student.uibk.ac.at)**

An das  
Bundesministerium für  
Verfassung, Reformen,  
Deregulierung und Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

ergeht per E-Mail an: [team.s@bmvrdj.gv.at](mailto:team.s@bmvrdj.gv.at)

**STELLUNGNAHME****zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch (StGB) zur  
Umsetzung der Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die  
finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug geändert wird**

Wie es bereits die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen (Frau Mag.<sup>a</sup> Heidrun Zanetta, Stellungnahme vom 29.07.2019) beinhaltet, sind zwei Auffälligkeiten im Gesetzesentwurf vorhanden, die beseitigt bzw. geändert werden sollten:

1. **betreffend: § 168d Z 3 StGB:**  
*Das Wort „aus“ ist im dritten Absatz wohl unabsichtlich zu viel angeführt worden. Dieses müsste gestrichen werden.*
2. **betreffend: § 74 Abs. 1 Z 4b StGB:**  
*Es müsste der Begriff „Unionsbeamte“ den bestehenden Begriff „Gemeinschaftsbeamte“ ersetzen.*

Außer den bereits angeführten Erläuterungen bestehen ansonsten keine weiteren Einwände hinsichtlich des vorliegenden Gesetzesentwurfes.

Mit freundlichen Grüßen

Marlon POSSARD, e.h.